

Jetzt gibt's noch ein Bürgerbegehren im Bezirk Altona

Von Matthias Schmoock



So soll der Blankeneser Marktplatz nach der Umgestaltung aussehen. Das gefällt nicht jedem Foto: Arbeitskreis Ortskern Blankenese / arbos Freiraum

Interessengemeinschaft Blankeneser Marktplatz macht gegen Umgestaltung mobil. Start soll noch in dieser Woche sein.

Hamburg. Im Bezirk Altona läuft ein neues Bürgerbegehren an. Die Interessengemeinschaft (IG) Marktplatz reicht noch in dieser Woche den entsprechenden Antrag im Bezirksamt ein, "weil es anders nicht mehr geht", wie Ingo Eggers, einer der Wortführer der Gruppe dem Hamburger Abendblatt am Montag sagte. Eggers hat bereits eine entsprechende Ankündigung an Bezirksamtsleiterin Liane Melzer geschickt. Ein Zurück gebe es nicht. Aktuell läuft bereits ein Bürgerentscheid zum Thema Strandweg in Övelgönne, der am 15. September endet.

Die IG wendet sich massiv gegen die Umgestaltung des Blankeneser Marktplatzes in der geplanten Form. Entsprechend wird die Kernfrage des Begehrens sein: "Sind Sie dafür, dass alle weiteren Planungen zur Umgestaltung des Blankeneser Marktplatzes sofort gestoppt werden?" Die IG hat mittlerweile einen eigenen Plan entwerfen lassen und im Bezirksamt eingereicht. "Uns kann niemand vorwerfen, dass wir nur nörgeln", so Monika Lühmann. Die Blankeneserin gehört zu den Initiatoren und hat sich fürs Bürgerbegehren als Vertrauensperson zur Verfügung stellt.

Gütliche Einigung gescheitert

Über Monate hatte sich die Gruppe, deren harter Kern aus zehn Personen besteht, öffentlich gegen die Umbaupläne gewandt. Erst in der vergangenen Woche war ein letzter Termin für eine gütliche Einigung mit einem Experten aus dem Bezirksamt gescheitert. Die Gruppe sieht die Blankeneser über das wahre Ausmaß der Umgestaltung unzureichend und in Teilen auch falsch informiert. "Man muss klar sagen, dass sich die Politiker da etwas in die Tasche lügen", kritisiert Beate Hülsen, die ebenfalls als Vertrauensperson fungiert.

In den vergangenen Wochen hatten Mitglieder der IG, darunter Anwohnerin Jutta von Tagen, auf dem Markt Unterschriften gegen den geplanten Umbau gesammelt. Nach ihren Angaben seien rund 2000 zusammen gekommen. Auch von den Markthändlern werde die Initiative unterstützt, so von Tagen. Sie und ihre Mitstreiter haben eine Fülle von Punkten, die sie an den Umgestaltungsplänen für indiskutabel halten.



Die IG Marktplatz wendet sich massiv gegen die Umgestaltung
Foto: Klaus Bodig / HA

In einem Positionspapier der IG wird unter anderem aufgelistet, dass der Marktplatz in Richtung Mühlenberger Weg zu stark abgeschrägt werde und dass zu viele Grünflächen an der Bahnhofstraße und am Mühlenberger Weg geopfert würden. Insgesamt sollen "die Plätze vor der Kirche, der Marktplatz und der Martini-Platz zu einem Platz vereinigt werden", heißt es in dem Papier. Das sei ein schwerwiegender Eingriff "der den dörflichen Charakter, den die Blankeneser erhalten wollen, zerstört." "So raubt man dem Marktplatz die Seele", sagt Monika Lühmann. Alles, was den dörflichen Charme ausmacht, ginge verloren, kostet ein Heidengeld, und zwar Steuergeld, das anderswo fehlt. Und ihr Mann Uwe ergänzt: "Die einheitliche Pflasterung mit billigen, gelblichen Steinen gibt für mich dem Ganzen den Rest."

Unterstützer sind fassungslos

Die Unterstützer der laufenden Planung reagieren fassungslos auf das Vorgehen der IG. "Wir hatten uns außerordentlich viel Mühe gegeben, auf die Initiative zuzugehen", so Eberhard Fledel vom Arbeitskreis Ortskern Blankenese, "und das ist nun das Ergebnis." Laut Fledel bindet der Arbeitskreis 12 Institutionen, die die Platzumgestaltung in der geplanten Form unterstützen, mit dabei sind Vertreter des Bürgervers, der Kirche und Bezirkspolitiker. "Die IG behauptet, im Namen der Blankeneser Bürger zu sprechen", so Fledel, "das ist falsch und überzogen." Laut Fledel müsse der Blankeneser Ortskern "in die Zukunft weisen", offener und moderner werden. Mit Blick auf die Argumente der Initiative sagt Fledel: "Manche wollen den Platz erhalten, wie sie ihn seit ihrer Kinderzeit kennen. Aber künftige Generationen können mit einer solchen Sichtweise nichts anfangen."

Kritik von der SPD

Der SPD-Bauexperte Wolfgang Kaeser bezeichnet das Vorgehen der IG als "unverantwortlich und unanständig". Es sei ein eindeutiger Missbrauch des Bürgerbegehrens – "und dies zulasten des Steuerzahlers". Kaeser weiter: "Die gesunde Balance zwischen der in unserer Verfassung geforderten repräsentativen und der ergänzenden Basisdemokratie ist in Blankenese aus den Fugen geraten." Altonas GAL-Chefin Gesche Boehlich kritisiert: "Es fehlen mir die greifbaren und nachvollziehbaren Argumente der Initiative." Und CDU-Politiker Anke Friehling befindet knapp: "Schade um die Zeit."

So funktioniert's

Ein Bürgerbegehren muss beim zuständigen Bezirksamt offiziell angemeldet werden. Von da an hat die Initiative, die drei Vertrauenspersonen benennen muss, sechs Monate Zeit, die nötigen Unterschriften zu sammeln. Damit ein anschließender Bürgerentscheid möglich ist, müssen etwa 6000 Wahlberechtigte aus dem Bezirk Altona das Anliegen der Initiative unterstützen. Hat die Initiative ein Drittel dieser Unterschriften zusammen, tritt eine Sperrwirkung ein. In diesem Fall käme das einer Art Baustopp gleich.